

**furrerhugi.**



Frühe Kindheit ist entscheidend

**BERICHT**

## **SOMMERSESSION 2020**

2.-19. Juni 2020

**furrerhugi. ag**

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49  
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43  
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86  
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89  
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

## 1 EINLEITUNG

Die Sommersession stand im Zeichen der Aufarbeitung zahlreicher Geschäfte. Das umfasste insbesondere Geschäfte im Kontext der Krankenversicherung und der Umweltpolitik (u.a. Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes). Zudem wurde ein Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative verabschiedet.

Aus Sicht der frühen Kindheit war die Behandlung der Pa.IV. Aebischer «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» im Nationalrat zentral. Mit 109 zu 75 Stimmen wurde der Erlassentwurf der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) angenommen und das Geschäft dem Ständerat überwiesen. Auch das zweite wichtige Geschäft, die Motion der WBK-S für ein regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz, wurde durch den Nationalrat angenommen und somit zur Umsetzung an den Bundesrat überwiesen. Im Ständerat waren keine für READY! relevanten Geschäfte traktandiert.

Die Fragestunden waren thematisch stark durch das Coronavirus geprägt. Insbesondere sorgte das bundesrätliche Unterstützungspaket über CHF 65 Mio. für die Kinderbetreuungsstätten zu Fragen und Kritik, weil öffentliche Kitas von der Unterstützung ausgenommen sind. Auch wurden durch die READY!-Botschafter Sandra Locher Benguerel (SP/FR) und Philipp Kutter (CVP/ZH) Fragen zur nationalen Strategie der frühen Kindheit eingereicht.

Im Verlaufe der Session wurden zudem zahlreiche für READY! relevante Vorstösse eingereicht. Unter anderem fordert Yvonne Feri (SP/AG) mit einer Motion, dass die heutigen Kinderzulagen schweizweit bedarfsabhängig ergänzt werden können. Auch fordert sie mit einem weiteren Postulat einen Bericht, welcher aufzeigen soll, mit welchen Massnahmen die Armutsprävention schweizweit vorangetrieben werden kann. Valérie Piller Carrard (SP/FR) hat ebenfalls ein Postulat eingereicht, das einen Bericht zur familienexternen Kinderbetreuung verlangt. READY!-Botschafter Mathias Reynard (SP/VS) will zudem, dass der Bundesrat die Verantwortung für die Einführung des Elternurlaubs übernimmt und entsprechende Vorbereitungen trifft.

Die Referendumsabstimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes bezüglich der steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten sowie zum zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub finden am 27. September 2020 statt.

## 2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

*\* Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht gelöscht.*

### **An den Bundesrat überwiesen\***

[19.3953](#) Motion der WBK-S: Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz

### **Gesetzesvorlage verabschiedet\***

--

### **An Zweitrat**

[17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE – 2. Phase: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

### **Fristverlängerung**

--

### **Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte\***

--

## 3 AUSZUG FRAGESTUNDE

Es wurden zwei Fragen zur nationalen Strategie der frühen Kindheit eingereicht:

[20.5374](#) Frage Philipp Kutter CVP/ZH: Postulat 19.3417. Was ist der aktuelle Stand beim Bericht zur Frühförderung?

[20.5405](#) Frage Sandra Locher Benguerel SP/GR: Wie wird die frühe Förderung von Kindern unter der veränderten Ausgangslage weiterentwickelt?

### Antworten BR Berset:

Der Bericht ist in Bearbeitung und wird voraussichtlich Ende dieses Jahres durch den Bundesrat verabschiedet. Die zuständigen interkantonalen Konferenzen, der Gemeinde- und der Städteverband sowie die zuständigen Bundesämter sind an der Erarbeitung des Berichtes beteiligt. Inhaltliche Aussagen lassen sich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht machen. Die frühe Förderung liegt hauptsächlich in der Verantwortung der Kantone und Gemeinden und betrifft Aspekte der Sozial-, Gesundheits-, Integrations- und Bildungspolitik. Dem Bund kommt lediglich eine subsidiäre, unterstützende Rolle zu. Eine zusätzliche finanzielle Unterstützung des Bundes ist in diesem Bereich nicht angemessen.

Das bundesrätliche Unterstützungspaket über CHF 65 Mio. für Kinderbetreuungsstätte hat zu Fragen und Kritik geführt, insbesondere weil öffentliche Kitas von der Unterstützung ausgenommen sind:

[20.5300](#) Frage Fabien Fivaz GP/NE

[20.5305](#) Frage Mathias Reynard SP/VS

[20.5306](#) Frage Isabelle Chevalley GLP/VD

[20.5308](#) Frage Damien Cottier FDP/NE

[20.5310](#) Frage Baptiste Hurni SP/NE

- [20.5316](#) Frage Jean-Luc Addor SVP/VS
- [20.5326](#) Frage Simone de Montmollin FDP/GE
- [20.5359](#) Frage Marie-France Roth Pasquier CVP/FR
- [20.5344](#) Frage Sandra Locher Benguerel SP/GR (Keine Berücksichtigung der Spielgruppen)
- [20.5330](#) Frage Daniela Schneeberger FDP/BL (Gefahr der Übersubventionierung)
- [20.5435](#) Frage Philipp Kutter CVP/ZH (Verordnung stösst in Kantone auf Vorbehalte)
- [20.5439](#) Frage Isabelle Chevalley GLP/VD
- [20.5442](#) Frage Marco Romano CVP/TI (Kurzarbeitsentschädigung)

Antworten BR Berset bzw. BR Parmelin:

Für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung sind in erster Linie die Kantone und Gemeinden zuständig. Es liegt an ihnen, entstandene Verluste zu decken. Die Unterstützung des Bundes leistet Nothilfe für private Institutionen, deren Existenz durch Einkommensverluste bedroht ist. Die Kosten für diesen Zweck werden auf 65 Millionen CHF geschätzt. Würde der Bund auch die Ertragsausfälle öffentlicher Institutionen übernehmen, hätte er zusätzliche Kosten von rund 20 Millionen Franken zu tragen, für die er keinen Kredit hat. Die in dieser Verordnung festgelegte Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen gilt auch für den Ausgleich von Kurzarbeit, da die öffentliche Hand die finanziellen Verluste anderer öffentlichen Einrichtungen nicht ausgleichen muss. // Spielgruppen zählen nicht zu den familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten. // Eine Überentschädigung von Kindertagesstätten und weiteren Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung kann aufgrund der Berechnungsgrundlagen ausgeschlossen werden. // Es hat sich gezeigt, dass die Ausführungsbestimmungen des Bundes die zwischenzeitlich von den Kantonen erlassenen Abfederungsmassnahmen und die innerkantonale Kompetenzordnung unzureichend berücksichtigen. Der Bundesrat wird deshalb prüfen, inwieweit die Verordnung revidiert werden soll. // Im Gegensatz zu privaten Unternehmen tragen öffentliche Dienstleistungsunternehmen kein unternehmerisches Risiko und kein Konkursrisiko, da sie die ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben unabhängig von der wirtschaftlichen Situation erfüllen müssen. Mögliche Liquiditätsprobleme, zusätzliche Ausgaben oder sogar Verluste, die sich aus der Tätigkeit des Unternehmens ergeben, werden durch öffentliche Mittel gedeckt, seien es Subventionen oder andere finanzielle Mittel. In solchen Fällen besteht keine unmittelbare oder konkrete Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes. Infolgedessen haben Anbieter öffentlicher Leistungen im Allgemeinen keinen Anspruch auf Kurzarbeit für ihre Beschäftigten.

Es wurde zudem nach zusätzlichen Mitteln zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen während und nach der Coronavirus-Krise gefragt:

- [20.5238](#) Frage Christine Buillard-Marbach CVP/FR
- [20.5280](#) bzw. [20.5391](#) Fragen Kathrin Bertschy GLP/BE
- [20.5354](#) Frage Nik Gugger EVP/ZH
- [20.5372](#) Frage Doris Fiala FDP/ZH

Antwort BR Berset:

Bund und Kantone verfolgen die Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich des Kinderschutzes und der Kinder- und Jugendförderung. Dabei wird geprüft, ob zusätzliche Massnahmen notwendig sind. So hat der Bund bereits zusätzliche Mittel in der Höhe von über 500 000 Franken für die Dargebotene Hand mit der Notrufnummer 143, die Kinder- und Jugendberatung der Pro Juventute mit der Notrufnummer 147 sowie das Beratungstelefon der Pro Mente Sana gesprochen, um dem gestiegenen Bedarf an Beratungen während der Corona-Krise gerecht zu werden.

Weitere themenrelevante Fragen:

- [20.5393](#) Frage Diana Gutjahr SVP/TG: Vaterschaftsurlaub. Beeinflussung der Volksabstimmung durch den Bund?

#### 4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

##### [20.455](#) Parlamentarische Initiative Christa Markwalder FDP/BE: Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr

Die effektiven Familien-externen Betreuungskosten (bis zu CHF 25 000 pro Kind pro Jahr) sollen von den direkten Bundessteuern abgezogen werden können. Der Vorstoss dürfte bei einer Annahme der Änderung des Bundesgesetzes bezüglich der steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten vom 27. September obsolet werden. Gemäss der FDP wurde der vorliegende Vorstoss eingereicht, damit, bei einer allfälligen Volks-Ablehnung, bereits ein alternatives Projekt auf dem Tisch liegt und keine Zeit verloren geht.

##### [20.3683](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Bedarfsabhängige Kinderzulagen

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Gesetz vorzulegen, welches die heutigen Kinderzulagen schweizweit bedarfsabhängig ergänzt. Dabei soll die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, damit der Bund die familienergänzende Betreuung besser unterstützen kann, die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Reduktion des Beschäftigungsgrads bei der Geburt eines Kindes sowie die Einführung bedarfsabhängiger Kinderzulagen zur Bekämpfung der Familienarmut geprüft werden. Der Bund könnte solche ergänzenden Zulagen aufgrund von Artikel 116 der Bundesverfassung einführen, um finanziell schlecht gestellte Familien gezielt zu unterstützen. Am Grundsatz "ein Kind, eine Zulage" soll festgehalten werden. Es geht darum, dass die heutigen Kinderzulagen erhalten bleiben und darüber hinaus bedarfsabhängige Ergänzungen ausbezahlt werden sollen.

##### [20.3889](#) Motion Sophie Michaud Gigon GP/VD: Gerechte Verteilung der Covid-Unterstützung für die familienexterne Betreuung

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Verordnung zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen von Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) über die familienexterne Kinderbetreuung so zu revidieren, dass alle Kinderbetreuungseinrichtungen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, in den Genuss der Finanzhilfe kommen, für die das Parlament ein Budget von 65 Millionen Franken beschlossen hat. Ziel ist es, die Gleichbehandlung zu gewährleisten.

##### [20.3684](#) Postulat Yvonne Feri SP/AG: Massnahmen zur Armutsprävention

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die Armutsprävention schweizweit vorangetrieben werden, in welchen Bereichen der Bund den Lead übernehmen kann und wie die Kantone zu Massnahmen verpflichtet werden können. Je mehr ein Kanton armutspräventive Massnahmen umsetzt, desto kleiner ist die Zahl der Armutsbetroffenen, die Sozialhilfe beziehen muss. Zur Armutsprävention gehören bspw. Familienergänzungsleistungen, grosszügige Kinderzulagen, zugängliche frühe Förderung und Bildungsangebote, Kinderbetreuungseinrichtungen, ausgebaute individuelle Prämienverbilligung, günstige Wohnungen oder ein für viele zugängliches Stipendienwesen.

[20.3806](#) Postulat Valérie Piller Carrard SP/FR: Anders in die familienexterne Kinderbetreuung investieren

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von kostenlosen Kinderkrippen für Familien, bei denen beide Ehepartner arbeiten, sollen analysiert werden. Die Studie sollte Antworten auf die folgenden Fragen liefern: Wie würde sich das Arbeitskräftepotenzial auf dem Arbeitsmarkt erhöhen? Wie hoch wären die zusätzlichen Steuereinnahmen für die öffentliche Hand? Was wären die Auswirkungen auf die Armut von Familien? Was wären die Auswirkungen in Bezug auf die frühe Förderung?

[20.3873](#) Postulat Mathias Reynard SP/VS: Der Elternurlaub als Zukunft unserer Familienpolitik

Der Bundesrat soll die Verantwortung/Zuständigkeit für die Einführung des Elternurlaubs übernehmen und entsprechende Vorbereitungen treffen, damit dieser mittelfristig in der Schweiz eingeführt werden kann.

## 5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

### WBK-N

13./13./14.08.2020

[19.466](#) Pa.Iv. Wermuth: Offensive für die familienexterne Kinderbetreuung jetzt

[20.308](#) Standesinitiative Genf: Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung

### WBK-S

25./26.06.2020

[17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE – 2. Phase: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

[19.3418](#) Motion WBK-N: Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität

### SGK-N

25./26.06.2020

[18.092](#) Geschäft des Bundesrates: Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

[19.4270](#) Motion Liliane Maury Pasquier SP/GE: Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden

### RK-N

25.06.2020

[19.406](#) Parlamentarische Initiative Mathias Reynard SP/VS: Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen. Sperrfrist bei der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub verlängern

[19.461](#) Parlamentarische Initiative Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion für Mütter und Väter nach Geburt und Adoption

**6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE  
GESCHÄFTE**
**Hinweise**

- In der Sommersession 2020 bzw. ausserordentlichen Mai-Session neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
  - Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
  - Neuer Status bei den Geschäften in Rot.
- 
- [20.455](#) *Parlamentarische Initiative Christa Markwalder FDP/BE: Steuerliche Entlastung für familien-externe Kinderbetreuung bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr*
  
  - [20.3683](#) *Motion Yvonne Feri SP/AG: Bedarfsabhängige Kinderzulagen*
  
  - [20.3889](#) *Motion Sophie Michaud Gigon GP/VD: Gerechte Verteilung der Covid-Unterstützung für die familienexterne Betreuung*
  
  - [20.3684](#) *Postulat Yvonne Feri SP/AG: Massnahmen zur Armutsprävention*
  
  - [20.3806](#) *Postulat Valérie Piller Carrard SP/FR: Anders in die familienexterne Kinderbetreuung investieren*
  
  - [20.3873](#) *Postulat Mathias Reynard SP/VS: Der Elternurlaub als Zukunft unserer Familienpolitik*
  
  - [20.413](#) *Parlamentarische Initiative Katharina Prelicz-Huber GP/ZH: Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service Public*
  
  - [20.3381](#) *Motion GP-Fraktion: Keine Kinderarmut*
  
  - [20.3201](#) *Motion SP-Fraktion: Wichtige Anerkennung für systemrelevante Arbeit*
  
  - [20.3231](#) *Motion Yvonne Feri SP/AG: Nationales Programm. Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen*
  
  - [20.308](#) *Standesinitiative Genf: Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung*
  
  - [20.3039](#) *Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Familienquotient zur Beseitigung der Heiratsstrafe  
→ BR beantragt Ablehnung (20.05.2020)*
  
  - [19.4430](#) *Motion Yvonne Feri SP/AG: Verbesserter Schutz für in der Betreuung tätige Hausangestellte  
→ BR beantragt Ablehnung (26.02.2020)*
  
  - [19.4343](#) *Postulat Kathrin Bertschy GLP/BE: Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung direkt für die Verbilligung von Kita-Tarifen erwerbstätiger Eltern verwenden  
→ BR beantragt Ablehnung (20.11.2019)*
  
  - [19.4270](#) *Motion Liliane Maury Pasquier SP/GE: Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden  
-> SR: Annahme (12.12.2019)*
  
  - [19.4207](#) *Postulat Tiana Angelina Moser GLP/ZH: Moser. Stärkung Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungslücken schliessen  
-> BR beantragt teilweise Annahme (20.12.2019)*
  
  - [19.4069](#) *Motion Benjamin Roduit CVP/VS: Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen*



-> *BR beantragt Ablehnung*  
(20.11.2019)

- [19.4070](#) Motion Christian Lohr CVP/TG:  
Nationale Strategie für Kinder und  
Gesundheit  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(20.11.2019)
- [19.461](#) Parlamentarische Initiative Nadine  
Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von  
Familie und Beruf verbessern:  
Rechtsanspruch auf  
Beschäftigungsreduktion für Mütter  
und Väter nach Geburt und Adoption
- [19.466](#) Parlamentarische Initiative Cédric  
Wermuth SP/AG: Offensive für die  
familienexterne Kinderbetreuung jetzt
- [19.406](#) Parlamentarische Initiative Mathias  
Reynard SP/VS: Kündigungsschutz  
für Arbeitnehmerinnen. Sperrfrist bei  
der Rückkehr aus dem  
Mutterschaftsurlaub verlängern
- [19.3418](#) Motion WBK-N: Massnahmen zur  
Verringerung der sozialen Selektivität  
-> *NR: Annahme* (18.09.2019)
- [19.3630](#) Motion Christa Markwalder FDP/BE:  
Individualbesteuerung endlich auch in  
der Schweiz einführen  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(28.08.2019)
- [19.3768](#) Motion CVP-Fraktion: Systematische  
Überprüfung der Auswirkungen auf  
Familien bei der Schaffung von neuen  
oder der Anpassung von bestehenden  
Gesetzgebungen  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(21.08.2019)
- [19.3803](#) Motion Brigitte Crottaz SP/VD:  
Beiträge der zweiten Säule auch nach  
der Geburt eines Kindes sicherstellen

-> *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)

- [19.3847](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:  
Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
verbessern: Endlich eine echte  
Elternzeit  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)
- [19.3848](#) Motion Rosmarie Quadranti BDP/ZH:  
Elternzeit 14/14 Wochen für  
Chancengleichheit im Erwerbsleben  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)  
-> *Wird übernommen von Yvonne Feri*  
(5.12.2019)
- [19.3849](#) Motion Kathrin Bertschy GLP/BE:  
Elternzeit 14/14 Wochen / gleiche  
Chancen im Erwerbsleben  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)
- [19.3927](#) Motion Carlo Sommaruga SP/GE:  
Familienzulagen. Die rechtliche  
Situation von unregelmässig  
Beschäftigten ist zu verbessern  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(21.08.2019)  
-> *Wird übernommen von M. Reynard*  
(28.11.2019)
- [19.3953](#) Motion WBK-S: Regelmässiges  
Monitoring der Armutssituation in der  
Schweiz  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(04.09.2019)  
-> *Ständerat Annahme* (19.09.2019)  
-> *WBK-N beantragt Annahme*  
(13.02.2020)
- [19.3863](#) Postulat Ida Glanzmann-Hunkeler  
CVP/LU: Flächendeckende  
familienergänzende Betreuung  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)



- [19.3871](#) Postulat Adrian Wüthrich SP/BE:  
Nationale Konferenz zur Frühen  
Förderung  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(04.09.2019)  
-> *Übernommen von M. Reynard*  
(28.11.2019)
- [19.3373](#) Motion Margret Kiener Nellen SP/BE:  
EO-Entschädigungen. Militärdienst  
und Mutterschaft gleich entschädigen  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(29.05.2019)  
-> *Wird übernommen von Priska*  
*Seiler Graf* (28.11.2019)
- [19.3307](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS:  
Vollständige Übernahme der Kosten  
der Leistungen bei Mutterschaft durch  
die obligatorische  
Krankenpflegeversicherung  
→ *Bundesrat beantragt Annahme*  
(29.05.2019)  
→ *Nationalrat Annahme* (21.06.2019)
- [19.3190](#) Motion Adrian Wüthrich SP/BE:  
Rahmengesetz für eine schweizweite  
familienergänzende Kinderbetreuung  
zur Vereinbarkeit von Familie und  
Beruf, zur Gleichstellung von Mann  
und Frau und zur  
Chancengerechtigkeit der Kinder  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(22.05.2019)  
-> *Wird übernommen von M. Reynard*  
(28.11.2019)
- [19.3176](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:  
Keine Kündigung in der Probezeit von  
Arbeitnehmerinnen in der  
Schwangerschaft und nach der  
Niederkunft  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)

- [19.3175](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:  
Stärkerer Schutz für Mütter bei  
missbräuchlicher oder  
ungerechtfertigter Kündigung  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)
- [19.3070](#) Motion Irène Kälin GP/AG:  
Kostenbefreiung für Schwangere  
während der ganzen  
Schwangerschaft  
→ *Bundesrat beantragt Annahme*  
(29.05.2019)  
→ *Nationalrat Bekämpft, Diskussion*  
*verschoben* (21.06.2019)  
-> *NR: Annahme* (26.09.2019)
- [19.3059](#) Motion Mathias Reynard SP/VS:  
Kündigungsschutz für  
Arbeitnehmerinnen. Sperrfrist bei der  
Rückkehr aus dem  
Mutterschaftsurlaub verlängern  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)
- [19.3058](#) Motion Mathias Reynard SP/VS:  
Verschärfung der Sanktionen bei  
Kündigung wegen Mutterschaft oder  
Schwangerschaft  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)
- [19.3054](#) Postulat Barbara Gysi SP/SG: Care-  
Arbeit ins Zentrum rücken  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(22.05.2019)
- [19.3027](#) Motion Bruno Walliser SVP/ZH:  
Steuerfreie Kinderzulagen  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(01.05.2019)
- [18.4061](#) Motion Maya Graf GP/BL: Bezahlte  
Stillpausen sollen durch die  
Erwerbsersatzordnung EO finanziert  
werden

→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(30.11.2018)  
→ *Wird übernommen von Manuela*  
*Weichelt-Piccard (05.12.2019)*

[18.3994](#) Motion Benjamin Roduit CVP/VS:  
Familienergänzende Kinderbetreuung  
und Berechnung des für AHV-  
Beiträge massgebenden Lohnes  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(30.11.2018)

[18.3257](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE:  
Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
stärken. Mehr familienergänzende  
Betreuungsplätze dank geteilter  
Finanzierung  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(16.05.2018)

[18.3103](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE:  
Kinder-Gutschrift statt Kinder-Abzug  
bei den Steuern  
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(09.05.2018)

[18.092](#) Geschäft des Bundesrates:  
Erwerbsersatzgesetz.  
Mutterschaftsentschädigung bei  
längerem Spitalaufenthalt des  
Neugeborenen  
→ *Botschaft Bundesrat (30.11.2018)*  
→ *Ständerat Annahme (02.03.2020)*

[17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias  
Aebischer SP/BE:  
Chancengerechtigkeit vor dem  
Kindergartenalter  
→ *WBK-N: Folge gegeben*  
(12.01.2018)  
→ *WBK-S: Zustimmung (14.05.2018)*  
→ *WBK-N: Eröffnung*  
*Vernehmlassung (29.08.2019)*  
→ *WBK-N: Verabschiedung Vorlage*  
(14.02.2020)  
→ *NR: Annahme Erlassensentwurf*  
(18.06.2020)

[15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler)  
Thomas Weibel GLP/ZH:  
Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene  
Väter  
→ *SGK-N Zustimmung (22.06.2016)*  
→ *SGK-S Zustimmung (30.08.2016)*  
→ *Fristverlängerung bis*  
*Herbstsession 2020 (28.09.2018)*